

GdP

Gewerkschaft
der
Polizei



Information



Schwerin, 16. Dezember 2009

Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 31 /2009

Landtag „beschenkt“ Polizei und Feuerwehr

- Längere Lebensarbeitszeiten beschlossen! -

Jetzt ist es amtlich, Polizei und Feuerwehr in Mecklenburg-Vorpommern müssen länger arbeiten, einem entsprechenden Gesetzentwurf stimmten heute die Abgeordneten des Landtages mehrheitlich zu.

Für die Gewerkschaft der Polizei ein erneuter und ausdrucksstarker Beweis dafür, welches geringe Ansehen Polizei und Feuerwehr in der Landespolitik trotz unzähliger Lippenbekenntnisse genießen.

Mecklenburg-Vorpommern schert nicht nur aus dem Verbund der Nordländer aus, den es ansonsten gerne bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschwört, sondern beschenkt seine Beamtinnen und Beamten auch noch damit, indem es das Gesetz noch rechtzeitig vor Weihnachten verabschiedet.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist das Ausscheren Mecklenburg-Vorpommerns ein sicheres Zeichen dafür, dass den Verantwortlichen überhaupt nichts an einer Sachdiskussion lag und die Entscheidung ausschließlich über die Finanzen herbeigeführt wurde.

Sacherwägungen sind seit geraumer Zeit bei der Landesregierung ohnehin nicht beliebt, wie die Auseinandersetzungen zum Personalhaushalt der Polizei in diesem Sommer bewiesen.

Würde sich die Landesregierung an den tatsächlichen Belastungen der Polizei (und übrigens auch der Feuerwehr) orientieren, würden sich sowohl Personalabbau, als auch Lebensarbeitszeitverlängerung von vornherein verbieten.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei bezeichnete das Verfahren um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit als „Trauerspiel der Demokratie“.

Silkeit wörtlich: „Für mich ist es wieder einmal ein Sieg der Rotstiftjongleure, die nur Zahlen und nicht die dahinter stehenden Menschen sehen. Jahrelang haben sich Abgeordnete und Gewerkschafter um einen tragfähigen und allen Seiten gerecht werdenden Kompromiss bemüht. Kaum war er gefunden, wurde er im Koalitionsausschuss vom Tisch gefegt. Das hat nichts mit Demokratie sondern nur mit Parteidisziplin zu tun.“

Der Landesvorstand